Saarbrücker Zeitung

Saarland Ponline Saarlandespolitik

SZ+ Drei Milliarden für Transformation der Wirtschaft

Saarland betritt Neuland: "Das hat bisher kein Land der Welt so gemacht"

12. Oktober 2022 um 12:23 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Foto: Thomas Wieck

Saarbrücken. Die Landesregierung will deutlich mehr Geld für öffentliche Investitionen ausgeben, damit der Strukturwandel gelingt. An anderer Stelle will der Finanzminister dafür sparen.

Von Daniel Kirch

Chefkorrespondent Landespolitik

Unter normalen Umständen hätte Finanzminister Jakob von Weizsäcker (SPD) dem Landtag am Mittwoch den Entwurf für einen ausgeglichenen Haushalt 2023 vorgelegt, die Regierung für ihre Schwerpunkte bei Bildung und Investitionen gelobt – und fertig. So aber begann er seine Haushaltsrede bedächtig mit den Worten: "Die Weltlage ist kompliziert, die Zukunft unsicher. Das Geld ist knapp im Saar-Haushalt."

Die Haushaltsberatungen, die am Donnerstag mit einer Generaldebatte fortgesetzt werden, verdienen jetzt schon das Prädikat historisch. Denn am Ende der Beratungen im Dezember wird der Landtag nicht nur einen (ausgeglichenen) Haushalt für 2023 mit einem Volumen von 5,4 Milliarden Euro beschließen, sondern auch einen auf zehn Jahre angelegten, drei Milliarden schweren Fonds für den Strukturwandel, der mit Krediten gespeist wird, die bis 2075 getilgt werden sollen.

Von Weizsäcker: Drei Milliarden "nur ein Bruchteil" der nötigen Investitionen

Von Weizsäcker räumte ein: "Ja, drei Milliarden Euro für den Transformationsfonds, drei Milliarden für die industrielle Transformation, für Infrastruktur, für Innovation sind viel Geld." Aber sie seien "nur ein Bruchteil" dessen, was in den kommenden Jahren investiert werden müsse. Der Löwenanteil müsse von der Privatwirtschaft, ein "nennenswerter Anteil" auch aus Brüssel und Berlin kommen.

Das Saarland beruft sich auf eine "außergewöhnliche Notlage", die der Landtag auf SPD-Antrag noch beschließen wird. Dies sei "gerechtfertigt und aus unserer Sicht auch zwingend, da wir die notwendigen Mittel schlicht nicht aus dem Kernhaushalt stemmen können", sagte von Weizsäcker.

Dies begründete von Weizsäcker wie folgt: Der Energiepreisschock, der aus dem Ukraine-Krieg resultiere, beschleunige und verteuere die Transformation der Saar-Wirtschaft hin zur Klimaneutralität, die sich sonst viel gleichförmiger über die kommenden 23 Jahre bis 2045 hingezogen hätte, erheblich. Von diesem "exogenen Schock" sei das Saarland mit seiner Automobil- und Metallindustrie besonders betroffen.

LESEN SIE AUCH



Beginn der Haushaltsberatungen im Landtag Saar-Finanzminister: Müssen unbedingt "ruinöse Abwärtsspirale" verhindern

Pläne im Saarland sind laut Finanzminister einzigartig

Von Weizsäcker warnte: Ohne Investitionsoffensive drohe "ein Niedergang der Saar-Wirtschaft" und eine "ruinöse Abwärtsspirale", die unbedingt verhindert werden müsse. Der Finanzminister räumte ein, dass das Saarland mit der beschleunigten Transformation zur Klimaneutralität Neuland betrete. "Das hat bisher kein Land der Welt so gemacht." Es sei aber "objektiv notwendig". Heute könne man noch nicht genau wissen, welche Projekte wann in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden. Das werde sich jedoch allmählich ändern.

Es dürften nur solche Projekte aus dem Fonds finanziert werden, die dazu geeignet seien, die Notsituation zu überwinden. "Um es klipp und klar zu sagen: Wir dürfen keine Investitionsverlagerung aus dem Kernhaushalt in den Transformationsfonds vornehmen. Und das werden wir auch nicht!", sagte von Weizsäcker.

LESEN SIE AUCH



SZ+ Kommentar zum Antrag der Verfassungsänderung Finger weg von der saarländischen Verfassung

Zurückhaltung wird erforderlich sein

Die CDU verdächtigt die SPD, in den nächsten Jahren Mittel aus dem Kernhaushalt in den Fonds zu verschieben, um im Haushalt mehr Geld für eigene Projekte zu haben. Von Weizsäcker verwies darauf, dass 2023 die Investitionen im Kernhaushalt von 439 auf 489 Millionen Euro steigen sollen.

Der Haushaltsentwurf stehe auch für Behutsamkeit im Bereich der konsumtiven Staatsausgaben. So steigen die Personalausgaben nur leicht von 1,847 auf 1,863 Milliarden Euro. "Das Signal heißt nicht: Wer drei Milliarden Euro für die Transformation bereitstellen kann, muss auch viel mehr für weitere konsumtive Projekte aufbringen können", sagte von Weizsäcker. Für eine hohe Investitionsquote sei "Zurückhaltung bei den anderen Staatsausgaben zwingend erforderlich".